



STELLUNGNAHME

Zur Sicherheitsplattform Strom

Krisenvorsorge ja. Staatlich verwalteter Strommangel nein.

Einordnung

Eine Industrienation braucht belastbare Vorsorge für Stromausfälle und Versorgungskrisen – unabhängig von ihrer Ursache. Es ist eher verwunderlich, dass Deutschland bislang über keine zentrale Plattform verfügte, um Behörden, Netzbetreiber und Großverbraucher im Ernstfall zu koordinieren. Eine solche Vorsorge hätte es längst geben müssen.

Doch notwendige Krisenvorsorge darf nicht zum Beruhigungsteppich über einem strukturellen Versorgungsproblem werden. Die Sicherheitsplattform Strom verhindert keinen Mangel. Sie organisiert seine staatliche Bewirtschaftung.

Die wirtschaftspolitische Fehltreihenfolge

Deutschland hat gesicherte, jederzeit verfügbare Kraftwerksleistung abgeschaltet, ohne rechtzeitig gleichwertigen Ersatz zu schaffen. Gleichzeitig wurde wetterabhängige Erzeugung massiv ausgebaut und der Strombedarf durch Elektrifizierung, Digitalisierung, Rechenzentren und Künstliche Intelligenz weiter erhöht.

- Gesicherte Leistung abschalten.
- Den Ersatz verschleppen.
- Den Strombedarf erhöhen.
- Netzanschlüsse priorisieren.
- Im Mangelfall industrielle Produktion reduzieren.

Wenn man ein Drehbuch für Wohlstandsvernichtung und Deindustrialisierung schreiben wollte, sähe es genau so aus.

Was auf dem Spiel steht

Die heute betonte Versorgungssicherheit beantwortet nicht die entscheidende Frage: Wird Deutschland auch künftig zu jeder Zeit über ausreichend gesicherte Leistung verfügen?

Energie ist das Lebenselixier jeder Volkswirtschaft. Das Angebot an Energie muss sich nach der Nachfrage von Wirtschaft und Gesellschaft richten – nicht umgekehrt.

Für eine Industrienation darf Energie niemals zum limitierenden Faktor werden.

Folgen für Unternehmen

Der Strompreis ist das eine. Die Verfügbarkeit ist das andere.

Unternehmen müssen sich künftig fragen: Erhalten wir rechtzeitig einen Netzanschluss? Steht ausreichend gesicherte Leistung zur Verfügung? Können wir produzieren, wenn Kunden bestellen?

Nach den vorliegenden Informationen verbleiben die wirtschaftlichen Folgen angeordneter Produktionsreduzierungen grundsätzlich beim Unternehmen. Der Staat verteilt den Mangel und privatisiert dessen Schäden.

Signal an den Standort

Das sendet mitten in der Wirtschaftskrise ein toxisches Signal nach innen und nach außen. Investoren lesen keine Sonntagsreden. Sie bewerten Strompreise, Netzanschlüsse, Energieverfügbarkeit, Abschalttrisiken und die Verlässlichkeit eines Standorts. Internationale Kunden bewerten Lieferfähigkeit.

Energieknappheit als dauerhaftes Betriebsmodell kennt man aus Schwellen- und Entwicklungsländern – nicht aus einer der führenden Industrienationen der Welt.

Forderungen

Netzanschluss und Energieversorgung dürfen kein politisches Gnadenrecht werden.

Die Aufgabe des Staates ist es, eine jederzeit sichere Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

Deshalb darf kein weiteres steuerbares Kraftwerk endgültig vom Netz gehen, bevor gleichwertiger Ersatz tatsächlich verfügbar ist. Der Kohleausstieg muss angesichts der beschriebenen Risiken verschoben werden, bis ausreichend gesicherte Ersatzkapazitäten bereitstehen.

Es darf keine ideologischen Denkverbote mehr geben. Alle Optionen müssen auf den Tisch.

Erst Ersatz schaffen. Dann abschalten. Nicht umgekehrt.

Jetzt sind Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Kammern und Gewerkschaften gefordert. Wer heute schweigt, darf sich morgen nicht über Produktionsstillstände, Investitionsverlagerungen und verlorene Arbeitsplätze beklagen.

Man hat diesem Land die Energie genommen – im wahrsten Sinne des Wortes.